

Prekäre Wahlen

Milieus und soziale Selektivität der
Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013

Armin Schäfer, Robert Vehrkamp, Jérémie Felix Gagné



Prekäre Wahlen

Milieus und soziale Selektivität der
Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013

Armin Schäfer, Robert Vehrkamp, Jérémie Felix Gagné

Inhalt

Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen	5
Vorwort	6
Im Fokus: Die prekäre Bundestagswahl 2013	8
<p>Je prekärer die Lebensverhältnisse, desto weniger Menschen gehen wählen. Die soziale Ungleichheit der Wahlbeteiligung steigt. Das Wahlergebnis der Bundestagswahl 2013 ist sozial nicht mehr repräsentativ.</p>	
<p>Exkurs: Erläuterungen zu den microm Geo-Milieus®</p>	14
I. Wähler- und Nichtwählermilieus	16
<p>Die Milieuzugehörigkeit bestimmt die Höhe der Wahlbeteiligung. Nichtwählerhochburgen finden sich dort, wo die sozial schwächeren und prekären Milieus dominieren, während gleichzeitig die Milieus der Ober- und Mittelschicht überdurchschnittlich häufig wählen.</p>	
II. Arbeitslosigkeit schadet der Demokratie	21
<p>Am engsten ist der Zusammenhang der Wahlbeteiligung mit der Höhe der Arbeitslosigkeit: Je mehr Menschen von Arbeitslosigkeit betroffen sind, umso geringer ist die Wahlbeteiligung. Arbeitslosigkeit schadet deshalb der Demokratie.</p>	
III. Mehr Bildung = höhere Wahlbeteiligung	25
<p>Je höher der formale Bildungsstand, umso höher ist die Wahlbeteiligung. Nichtwähler wohnen dagegen vor allem dort, wo überdurchschnittlich viele Menschen ohne Schulabschluss leben. Mehr und bessere Bildung erhöht deshalb die Wahlbeteiligung.</p>	
IV. Demokratie der „Besserverdienenden“?	28
<p>Auch die Kaufkraft hat Einfluss auf die Höhe der Wahlbeteiligung: Je geringer die durchschnittliche Kaufkraft, umso weniger Menschen gehen wählen. Wird Deutschland zu einer Demokratie der „Besserverdienenden“?</p>	



Über die Studie	31
Anhang: Kommunale Datenquellen	35
Über die Autoren	36
Impressum	37

Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen

Abbildung 1: Spreizung der Wahlbeteiligung in Wahlkreisen und Stimmbezirken	9
Abbildung 2: Einfluss des prekären Milieus auf die Wahlbeteiligung	10
Abbildung 3: Einfluss des liberal-intellektuellen Milieus auf die Wahlbeteiligung	11
Abbildung 4: Arbeitslosenquote und Wahlbeteiligung	12
Abbildung 5: microm Geo Milieus®: Verteilung in Deutschland	14
Abbildung 6: Milieus der oberen Mitte und Höhe der Wahlbeteiligung	17
Abbildung 7: Milieus und Wahlbeteiligung	18
Abbildung 8: Wahlbeteiligung bei stabilem Anteil der bürgerlichen Mitte	19
Abbildung 9: Zusammenhang zwischen Arbeitslosenquote und Wahlbeteiligung	22
Abbildung 10: Regressionskoeffizienten zur Erklärung der Wahlbeteiligung	24
Abbildung 11: Wahlbeteiligung in Stadtteilen mit unterschiedlichem Abiturientenanteil	25
Abbildung 12: Anteil der Bewohner mit Hauptschulabschluss und Wahlbeteiligung	26
Abbildung 13: Vorwiegende Bebauungsart und Wahlbeteiligung	29
Abbildung 14: Kaufkraft und Wahlbeteiligung	30
Tabelle 1: Kurzcharakteristik der einzelnen Milieus	15
Tabelle 2: Milieus und Höhe der Wahlbeteiligung (Stimmbezirke)	19
Tabelle 3: Übergreifende Zusammenhänge zwischen Wahlbeteiligung und sozialräumlichen Kenngrößen	34

Vorwort

In den Wochen vor der Bundestagswahl 2013 gab es eine breite öffentliche Diskussion über die seit Jahrzehnten sinkende Wahlbeteiligung in Deutschland. Dabei ging es vor allem um die Frage, wer die Nichtwähler sind und aus welchen Gründen immer weniger Menschen ihr Wahlrecht wahrnehmen.

Mit der Studie „Gesplante Demokratie – Politische Partizipation und Demokratiezufriedenheit vor der Bundestagswahl 2013“ hat auch die Bertelsmann Stiftung diese Fragen adressiert. In dieser gemeinsam mit dem Institut für Demoskopie in Allensbach erarbeiteten Studie wurde auf der Grundlage repräsentativer Umfragen gezeigt, dass sich hinter der sinkenden Wahlbeteiligung eine zunehmende soziale Spaltung der Wählerschaft verbirgt. Ob jemand wählt, so die Kernthese der Studie, hängt stark von seinem sozialen Umfeld und davon ab, wo er wohnt, welche Freunde er hat und ob in seiner Familie über Politik gesprochen wird. Einkommens- und Bildungsschwache bleiben den Wahlen eher fern, während die höher gebildeten und sozial besser situierten Wahlberechtigten sich überdurchschnittlich an Wahlen beteiligen.

Auch wenn die mediale Resonanz auf diese Studie groß war, dominierte die öffentliche Diskussion ein ebenso hartnäckiges wie falsches Klischee: Das Bild des prominenten Nichtwählers, der aus intellektuell hoch reflektierten Gründen im öffentlichen demokratischen Diskurs seine aktive Entscheidung trifft und begründet, auf sein Wahlrecht zu verzichten. Tatsächlich sind diese gut situierten Nichtwähler jedoch weitgehend untypisch und nicht repräsentativ für die wachsende Masse der mehr als 17 Millionen Nichtwähler in Deutschland. Von diesen mehr als 17 Millionen haben 70 Prozent auch 2009 ihr Wahlrecht nicht genutzt; sie verabschieden sich zunehmend dauerhaft von der Teilnahme an Wahlen.

Deshalb haben wir nach der Bundestagswahl eine zweite, die hier vorliegende Studie über die Nichtwähler in Deutschland durchgeführt. Methodisch sind wir dabei neue Wege gegangen, um die These der sozialen Spaltung nicht nur anhand von Umfragen, sondern auch anhand einer bundesweiten Analyse der tatsächlichen Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013 zu prüfen. Dazu haben wir in Zusammenarbeit mit infratest dimap und mit Dr. Armin Schäfer vom Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln eine kleinräumige Analyse der Wahlbeteiligung bei der diesjährigen Bundestagswahl erarbeitet. Sie ermöglicht erstmals auf einer wissenschaftlich gesicherten Basis bundesweit repräsentative Aussagen und Schlussfolgerungen zu Nichtwählern. Die Ergebnisse sind eindeutig: Je prekärer die Lebensverhältnisse in einem Stadtviertel oder Stimmbezirk, desto geringer ist die Wahlbeteiligung. Die sinkende Wahlbeteiligung in Deutschland geht einher mit einer sozialen Spaltung der Wählerschaft. Unsere Wahlergebnisse sind, gemessen an der Sozialstruktur der Wählerschaft, nicht mehr repräsentativ.



Eine empirische Studie kann das Problem zwar analysieren und Befunde liefern, Lösungen lassen sich daraus allein noch nicht ableiten. Dennoch möchten wir mit dieser Studie die Diskussion anregen: Was kann die Politik tun, um wieder mehr Menschen für sich zu interessieren? Finden wir Wege zu verhindern, dass sich die soziale Spaltung in den demokratischen Prozessen widerspiegelt – oder zumindest deren Effekt zu schwächen? Welche Veränderungen müssen Parteien zulassen oder selbst anstoßen, welche Beiträge können mehr direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung oder ein modifiziertes Wahlrecht leisten? Brauchen wir eine gesetzliche Wahlpflicht in Deutschland? Wie kann die Arbeit des Parlaments verbessert werden, was können die Medien durch eine veränderte Berichterstattung über Politik leisten? Welche Rolle können Schulen in der Demokratieerziehung übernehmen und welchen Beitrag kann die Zivilgesellschaft selbst erbringen?

Diesen Fragen werden wir uns in der eigenen Programmarbeit zur Zukunft der Demokratie stellen und die dringend erforderliche Diskussion über mögliche Lösungen begleiten. Wenn die vorliegende Studie dazu erste Befunde liefert, hat sie ihr Ziel erreicht.



Dr. Jörg Dräger,
Mitglied des Vorstands
der Bertelsmann Stiftung



Prof. Dr. Robert Vehrkamp,
Direktor des Programms
Zukunft der Demokratie

Im Fokus: Die prekäre Bundestagswahl 2013

In der öffentlichen Debatte gab es eine auffällige Diskrepanz zwischen der Diskussion über die Nichtwähler vor der Bundestagswahl 2013 und der Nichtthematisierung der Wahlbeteiligung nach dem Wahltag. Obwohl bei nur einer der 18 Bundestagswahlen seit 1949 die Wahlbeteiligung niedriger als 2013 ausgefallen war, reichte ein minimaler Anstieg von 0,7 Prozentpunkten auf 71,5 Prozent, um alle Debatten über die Nichtwähler vorläufig zu beenden. Doch auch bei der diesjährigen Bundestagswahl haben sich mehr als 17 Millionen Wahlberechtigte entschieden, nicht zu wählen, und Wahlanalysen zeigen, dass 70 Prozent dieser Nichtwähler auch 2009 nicht gewählt hatten.¹

Aber nicht das Niveau der Wahlbeteiligung allein ist entscheidend. Bereits in den 1930er Jahren formulierte der schwedische Politikwissenschaftler Herbert Tingsten eine Gesetzmäßigkeit, die auch heute noch gilt: Je niedriger die Wahlbeteiligung ausfällt, desto ungleicher ist sie.² Aus dieser Gesetzmäßigkeit folgt, dass eine Diskussion über mögliche Auswirkungen der sinkenden Wahlbeteiligung unvollständig bleibt, wenn nur die durchschnittliche Wahlbeteiligung betrachtet wird. Denn hinter dem Durchschnitt verbergen sich deutliche Unterschiede, die zunehmen, wenn die Wahlbeteiligung sinkt.

Wie stark diese Unterschiede in Deutschland angestiegen sind, zeigt sich bereits auf der Ebene der Wahlkreise. Der Unterschied zwischen den Wahlkreisen mit der höchsten und niedrigsten Wahlbeteiligung hat sich seit der Bundestagswahl 1972 nahezu verdreifacht: Die Wahlbeteiligung der zehn Prozent aller Wahlkreise mit der höchsten Wahlbeteiligung lag bei der Bundestagswahl 2013 bei 81,0 Prozent und damit um 15,3 Prozentpunkte über der Wahlbeteiligung der zehn Prozent aller Wahlkreise mit der niedrigsten Wahlbeteiligung (65,7%). Bei der Bundestagswahl 1972 lag diese Differenz noch bei lediglich 5,4 Prozentpunkten.³

Noch schärfer zeigt sich die Ungleichheit der Wahlbeteiligung durch einen Vergleich der deutlich kleinräumigeren Stimmbezirke. Hier lag der Unterschied zwischen den Stimmbezirken mit der höchsten und niedrigsten Wahlbeteiligung 2013 bereits bei fast 30 Prozentpunkten und damit im Vergleich zur Spreizung bei den Wahlkreisen fast doppelt so hoch: Die höchste Wahlbeteiligung in den Stimmbezirken erreichte 83,6 Prozent, während die geringste bei lediglich 54,1 Prozent lag (Abbildung 1):⁴

¹ Infratest-dimap: WahlREPORT Bundestagswahl; Eine Analyse der Wahl vom 22. September 2013. Berlin 2013, S. 16.

² Herbert Tingsten, [1937] 1975: Political Behavior. Studies in Election Statistics. London: Arno Press: 230.

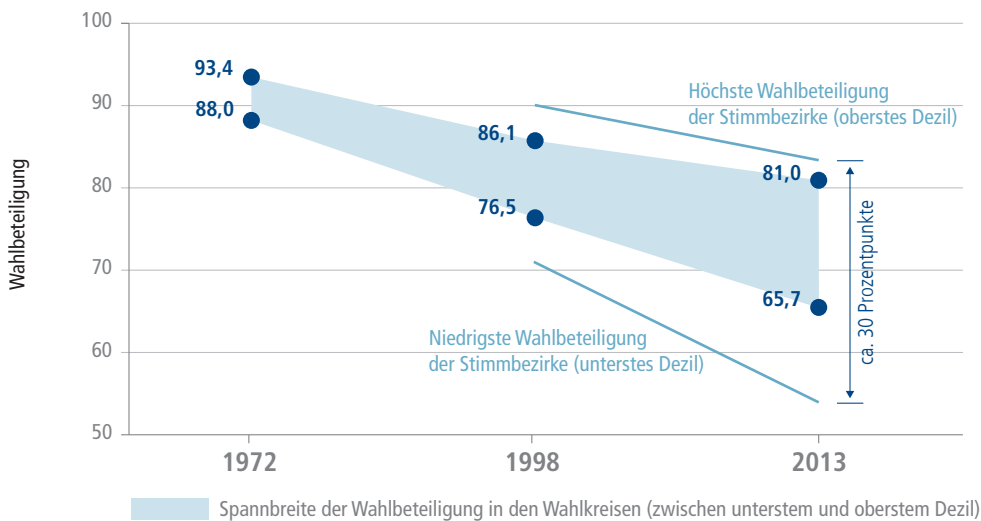
³ Vehrkamp (2013): Die Wahlbeteiligung der zehn Prozent aller Wahlkreise mit der höchsten Wahlbeteiligung lag bei der Bundestagswahl 2013 bei 81,0 Prozent und damit um 15,3 Prozentpunkte über der Wahlbeteiligung der zehn Prozent aller Wahlkreise mit der niedrigsten Wahlbeteiligung. Bei der Bundestagswahl 1972 lag diese Differenz noch bei lediglich 5,4 Prozentpunkten.

⁴ Mit „niedrigster“ und „höchster“ Wahlbeteiligung ist hier und im Folgenden (sofern nicht anders angegeben) stets die Wahlbeteiligung in den jeweils 10 Prozent aller Stadtteile bzw. Wahlkreise gemeint, in denen die Wahlbeteiligung am niedrigsten bzw. am höchsten ausgefallen ist.



Abbildung 1: Spreizung der Wahlbeteiligung in Wahlkreisen und Stimmbezirken

Angaben in Prozent



Quelle: eigene Berechnung und Darstellung, kommunale Datenquellen (siehe Anhang, S. 35), microm.

BertelsmannStiftung

Eine Diskussion der zunehmenden politischen Ungleichheit durch die drastisch gestiegene Ungleichheit der Wahlbeteiligung bleibt jedoch unvollständig, solange nicht geklärt ist, worauf diese Ungleichheit beruht und wovon es abhängt, ob jemand von seinem Wahlrecht Gebrauch macht oder als Nichtwähler auf sein Wahlrecht verzichtet.

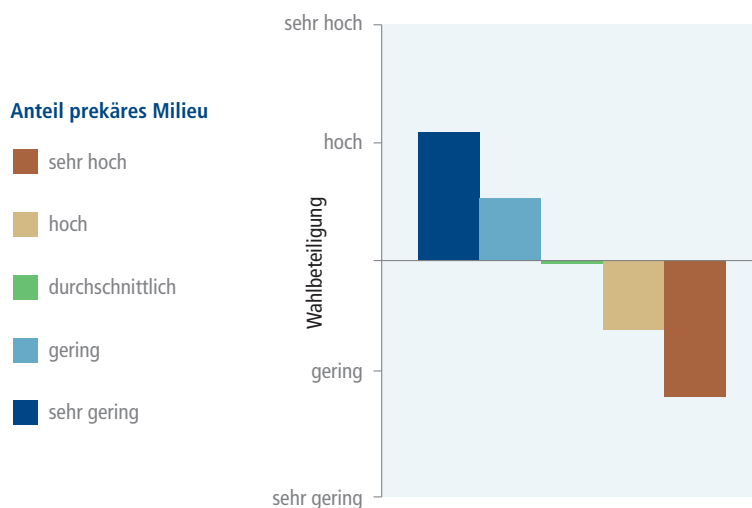
Um darüber für die Bundestagswahl 2013 wissenschaftlich gesicherte Aussagen zu machen, wurden für diese Studie Daten von bundesweit 640 repräsentativen Stimmbezirken sowie insgesamt 1.004 kleinräumigen Stadtvierteln aus 28 deutschen Großstädten in einer Datenbank zusammengefasst. Die Wahlbeteiligung wurde dann sowohl für die 640 repräsentativen Stimmbezirke als auch für die 1.004 Stadtteile jeweils im Rahmen einer Milieuanalyse und einer Analyse einzelner Sozialindikatoren untersucht:

- In der Milieuanalyse wurde der Zusammenhang zwischen der Wahlbeteiligung und den insgesamt zehn verschiedenen microm Geo Milieus® (vgl. dazu S. 14) analysiert.
- In der Analyse weiterer Sozialindikatoren wurde der Zusammenhang zwischen der Wahlbeteiligung und dem sozialen Leitindikator Arbeitslosigkeit, sowie dem formalen Bildungsstand, Wohnumfeld und der Kaufkraft untersucht.

Die Ergebnisse sind eindeutig und darüber hinaus fast vollständig deckungsgleich sowohl für die Stadtteilanalyse als auch für die Analyse auf der Ebene der bundesweit repräsentativen Stimmbezirke: **Je prekärer die Lebensverhältnisse, desto weniger Menschen gehen wählen.** Die soziale Lage eines Stadtviertels oder Stimmbezirks bestimmt die Höhe der Wahlbeteiligung: Je prekärer die soziale Situation, d.h. je höher der Anteil von Haushalten aus den sozial prekären Milieus, je höher die Arbeitslosigkeit, je schlechter die Wohnverhältnisse und je geringer der formale Bildungsstand und die durchschnittliche Kaufkraft der Haushalte in einem Stadtviertel oder Stimmbezirk, umso geringer ist die Wahlbeteiligung.

Sehr anschaulich lässt sich das am Einfluss einzelner Milieus auf die Wahlbeteiligung zeigen. Variiert man in Stadtteilen mit durchschnittlichem Anteil von Angehörigen der bürgerlichen Mitte den Anteil des prekären Milieus, lässt sich so der Einfluss des prekären Milieus auf die Wahlbeteiligung isolieren. Es zeigt sich dann, dass die Wahlbeteiligung umso geringer ausfällt, je mehr Haushalte in einem Stadtviertel dem prekären Milieu angehören:

Abbildung 2: Einfluss des prekären Milieus auf die Wahlbeteiligung



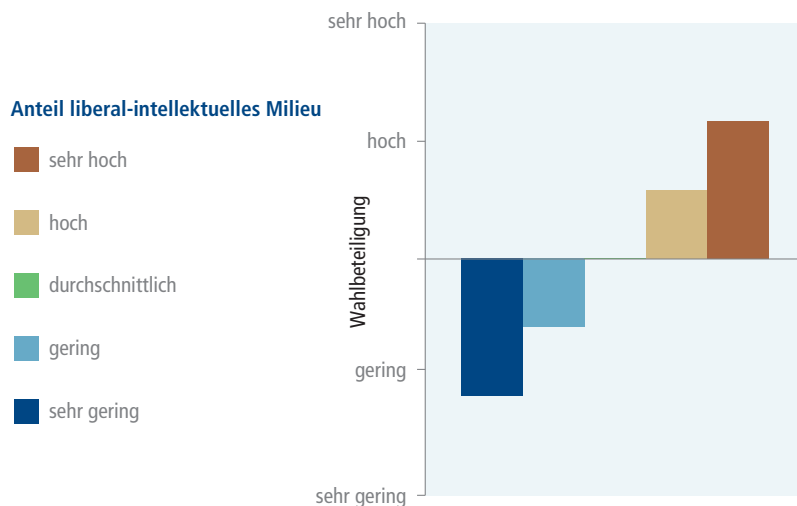
Quelle: eigene Berechnung und Darstellung, kommunale Datenquellen (siehe Anhang, S. 35), microm.

BertelsmannStiftung



Spiegelbildlich wirkt sich die Größe des liberal-intellektuellen Milieus aus. Hier zeigt sich, dass die Wahlbeteiligung umso höher ausfällt, je mehr Haushalte in einem Stadtviertel dem liberal-intellektuellen Milieu angehören.

Abbildung 3: Einfluss des liberal-intellektuellen Milieus auf die Wahlbeteiligung



Quelle: eigene Berechnung und Darstellung, kommunale Datenquellen (siehe Anhang, S. 35), microm.

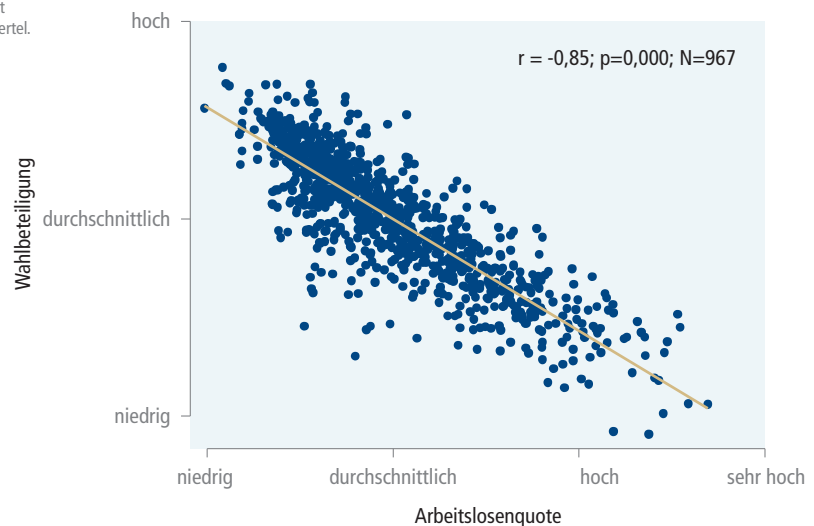
BertelsmannStiftung

Ebenso drastisch lässt sich die soziale Spaltung der Wählerschaft anhand des sozialen Leitindikators der Arbeitslosigkeit aufzeigen: Je mehr Menschen in einem Stadtviertel arbeitslos sind, desto geringer fällt dort die Wahlbeteiligung aus, während sich spiegelbildlich die Wählerhochburgen in Stadtvierteln finden, in denen die Arbeitslosigkeit gering ist. Der statistische Zusammenhang zwischen der Höhe der Wahlbeteiligung und der Arbeitslosigkeit in einem Stadtviertel ist sogar außerordentlich stark. Grafisch wird das daran deutlich, dass sich die Punktwolke in Abbildung 4 eng an die Trendlinie anschmiegt, wobei jeder Punkt in der Abbildung für einen der untersuchten Stadtteile steht:⁵

⁵ Vgl. dazu die Ergebnisse von Schäfer (2012), der diesen Zusammenhang bereits für die Bundestagswahl 2009 nachgewiesen hat: Beeinflusst die sinkende Wahlbeteiligung das Wahlergebnis? Eine Analyse kleinräumiger Wahldaten in deutschen Großstädten, in: Politische Vierteljahresschrift 53: 240–264.

Abbildung 4: Arbeitslosenquote und Wahlbeteiligung

Jeder Punkt repräsentiert ein untersuchtes Stadtviertel.



Quelle: eigene Berechnung und Darstellung, kommunale Datenquellen (siehe Anhang, S. 35), microm.

Bertelsmann Stiftung

Im Einzelnen zeigte sich in den Analysen für die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013 das folgende soziale Muster:

In den Stadtteilen mit der niedrigsten Wahlbeteiligung ...

- gehören fast zehnmal so viele Menschen (67 Prozent) einem der drei sozial prekären Milieus an wie in den Stadtteilen mit der höchsten Wahlbeteiligung (7 Prozent);
- sind fast fünfmal so viele Menschen arbeitslos (14,7 Prozent) wie in den Stadtteilen mit der höchsten Wahlbeteiligung (3,0 Prozent);
- haben mehr als doppelt so viele Menschen (15,3 Prozent) keinen Schulabschluss und gleichzeitig weit weniger als die Hälfte das Abitur (18,1 Prozent) wie in den Stadtteilen mit der höchsten Wahlbeteiligung;
- liegt die durchschnittliche Kaufkraft der Haushalte mit 35.000 Euro p. a. um ein Drittel unterhalb der Kaufkraft in den Stadtteilen mit der höchsten Wahlbeteiligung (52.000 Euro).



Diese Zusammenhänge zwischen der Wahlbeteiligung, den Milieus und den analysierten Sozialindikatoren ergaben sich – jeweils in Abhängigkeit von der Größe und sozialen Homogenität der untersuchten Gebietseinheiten – nicht nur für nahezu alle 1.004 analysierten Stadtteile der 28 deutschen Großstädte sondern auch für 640 bundesweit repräsentativen Stimmbezirke. Damit zeigt sich: Die soziale Spaltung der Wahlbeteiligung ist kein rein städtisches Phänomen, sondern auch in ländlichen Gebieten ist die Wahlbeteiligung eng an den Sozialstatus gekoppelt.

Für alle der insgesamt 1.644 analysierten Stadtviertel und Stimmbezirke gilt dabei: Je kleiner und gleichzeitig sozial homogener eine Gebietseinheit ist, umso stärker fallen die beschriebenen Zusammenhänge zwischen Wahlbeteiligung, Milieus und Sozialindikatoren aus. Während Struktur und Richtung der Zusammenhänge überall gleich sind, bleibt die Stärke des Zusammenhangs abhängig von der Größe und sozialen Homogenität der jeweiligen Gebietseinheit. Auch wenn die Ergebnisse der Stadtviertel und Stimmbezirke, sowie die Ergebnisse der Stadtberichte untereinander qualitativ für nahezu alle untersuchten Indikatoren und Gebietseinheiten dieselben Zusammenhänge zeigen, sind sie aufgrund der jeweils unterschiedlichen Größe quantitativ in ihrer gemessenen Effektstärke nur sehr bedingt miteinander vergleichbar.⁶

Zusammenfassend zeigen die Ergebnisse jedoch sowohl für die bundesweit repräsentative Stimmbezirkssanalyse wie auch für alle untersuchten 28 deutschen Großstädte:

Hinter der zunehmenden Ungleichheit der Wahlbeteiligung verbirgt sich eine soziale Spaltung der Wählerschaft. Deutschland ist längst zu einer sozial gespaltenen Demokratie der oberen zwei Drittel unserer Gesellschaft geworden. Die soziale Repräsentativität des Wahlergebnisses erodiert, die Demokratie wird zu einer immer exklusiveren Veranstaltung für Menschen aus den mittleren und oberen Sozialmilieus der Gesellschaft, während die sozial prekären Milieus deutlich unterrepräsentiert bleiben.

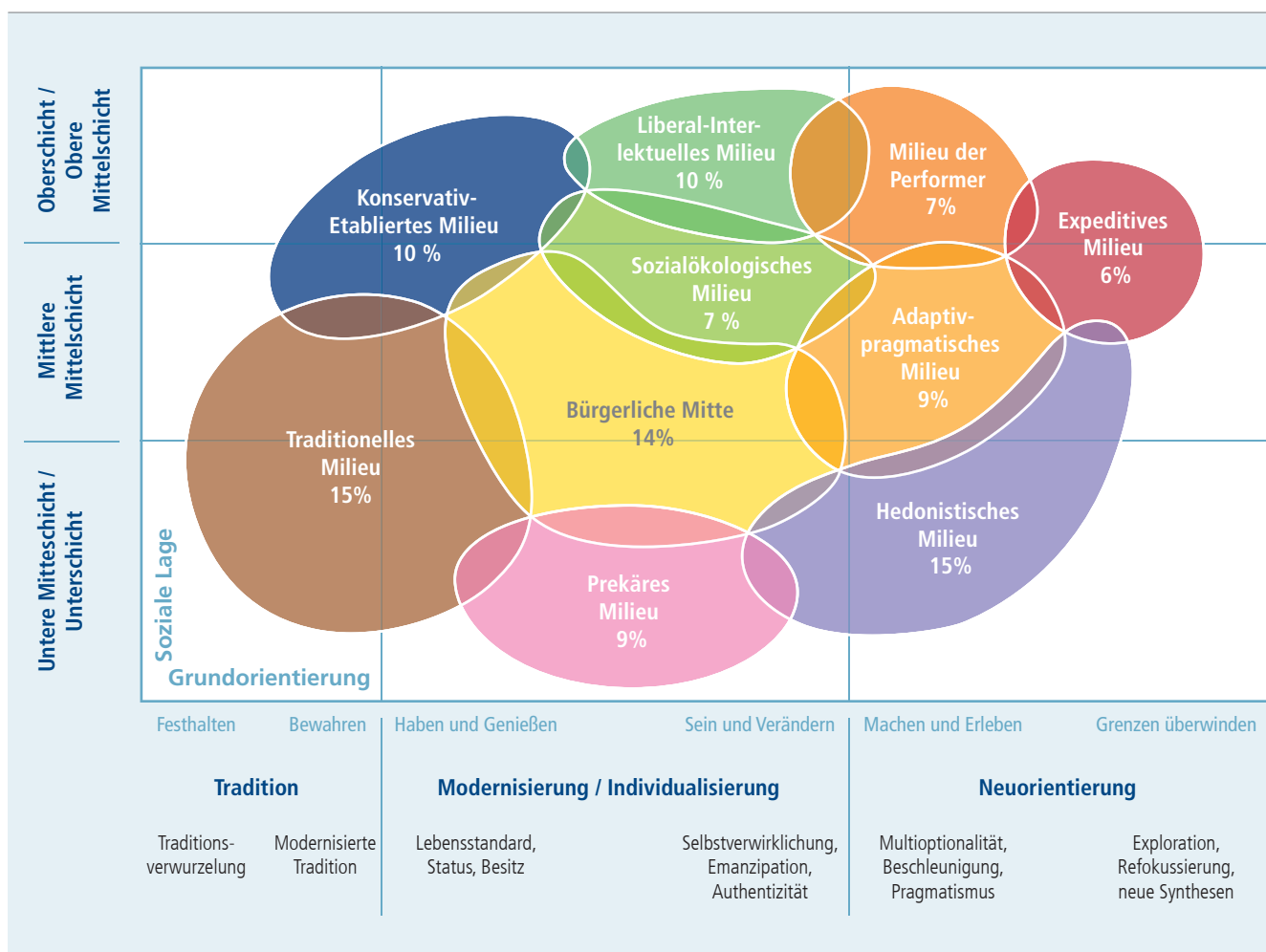
Deshalb wird in dieser Studie die Bundestagswahl 2013 als eine sozial prekäre Wahl bezeichnet.

⁶ Vgl. dazu die ausführlichere Diskussion des Studiendesigns im Kapitel „Über diese Studie“ auf den Seiten 31ff dieser Studie.

Exkurs: Erläuterungen zu den microm Geo Milieus®

Mit den microm Geo Milieus® steht ein Ansatz zur Verfügung, der sozialen Status und Einstellungen kombiniert. Sie verdichten Informationen über Haushaltseinkommen, Bildung und Beruf zu einer Dimension sozialer Schichtung und ergänzen diese durch eine zweite Dimension, in die Werte und Einstellungen zu verschiedenen Lebensbereichen einfließen. Einstellungen werden auf einer Achse von traditionell über modern zu experimentierfreudig abgetragen, sodass ein zweidimensionaler Raum entsteht, in dem sich insgesamt zehn gesellschaftliche Milieus verorten lassen.

Abbildung 5: microm Geo Milieus®: Verteilung in Deutschland



Quelle: Sinus und microm 2011.



Tabelle 1: Kurzcharakteristik der einzelnen Milieus

Konservativ-Etabliertes Milieu	Das klassische Establishment, das sich durch seine Verantwortungs- und Erfolgsethik auszeichnet und sich im Bewusstsein des eigenen Standes abgrenzt.
Liberal-Intellektuelles Milieu	Die aufgeklärte Bildungselite, die von einer liberalen Grundhaltung, dem Wunsch nach selbstbestimmtem Leben und vielfältigen intellektuellen Interessen geprägt wird.
Milieu der Performer	Die effizienzorientierte Leistungselite, für die ein global-ökonomisches Denken sowie eine hohe IT- und Multimedia-Kompetenz charakteristisch sind.
Expeditives Milieu	Die ambitionierte kreative Avantgarde ist mental und geographisch mobil, online und offline vernetzt sowie ständig auf der Suche nach neuen Grenzen und Lösungen.
Bürgerliche Mitte	Der leistungs- und anpassungsbereite bürgerliche Mainstream bekennt sich generell zur gesellschaftlichen Ordnung und wünscht sich vor allem gesicherte und harmonische Verhältnisse.
Adaptiv-pragmatisches Milieu	Die moderne junge Mitte mit ausgeprägtem Lebenspragmatismus und Nutzenkalkül zeigt sich zielstrebig und kompromissbereit und weist ein starkes Bedürfnis nach Verankerung und Zugehörigkeit auf.
Sozial-ökologisches Milieu	Konsumkritisches/-bewusstes Milieu mit normativen Vorstellungen vom „richtigen Leben“ und einem ausgeprägten ökologischen und sozialen Gewissen.
Traditionelles Milieu	Die Sicherheit und Ordnung liebende Kriegs- /Nachkriegsgeneration, die in der alten kleinbürgerlichen Welt und/oder der traditionellen Arbeiterkultur verhaftet ist.
Prekäres Milieu	Die um Orientierung und Teilhabe bemühte Unterschicht mit starken Zukunftsängsten und Ressentiments, in der soziale Benachteiligungen und geringe Aufstiegsperspektiven eine reaktive Grundhaltung geschaffen haben.
Hedonistisches Milieu	Die spaß- und erlebnisorientierte moderne Unterschicht/untere Mittelschicht, für die nur das Hier und Jetzt entscheidend ist und die sich den Konventionen und Verhaltenserwartungen der Leistungsgesellschaft verweigert.

Quelle: Sinus und microm 2011.

I. Wähler- und Nichtwählermilieus

Viele Studien berücksichtigen oft nur sozioökonomische Erklärungsfaktoren für die unterschiedliche Wahlbeteiligung, doch daneben beeinflussen auch persönliche Einstellungen und Werthaltungen das Wahlverhalten. Vorliegende Studien zeigen zwar die Relevanz von Einstellungen und Werten auf das Wahlverhalten, beruhen jedoch bislang ausschließlich auf repräsentativen Bevölkerungsbefragungen.⁷ Eine umfassende Erhebung, in der die Bewohner verschiedener Stadtteile oder einzelner Stimmbezirke repräsentativ befragt werden und aus der sich zielgruppenspezifische Einstellungsunterschiede zwischen Wählern und Nichtwählern ableiten lassen, liegt leider noch nicht vor.

Mit den Sinus-Milieus[®] und den darauf basierenden microm Geo Milieus[®] steht jedoch ein Ansatz zur Verfügung, der den sozialen Status und Einstellungen kombiniert. Die identifizierten Milieus unterscheiden sich nicht nur nach dem Sozialstatus, sondern auch in ihren Wertvorstellungen und im Konsumverhalten. Sie liegen inzwischen auf kleinräumiger Ebene bis hinunter zu einzelnen Haushalten vor und es ist möglich, für einzelne Straßen oder ganze Stadtteile den Anteil der verschiedenen Milieus zu erfassen. Für fast alle Stadtteile und sämtliche von uns ausgewerteten Stimmbezirke konnte der Datensatz zur Wahlbeteiligung mit den microm Geo Milieus[®] verknüpft werden.

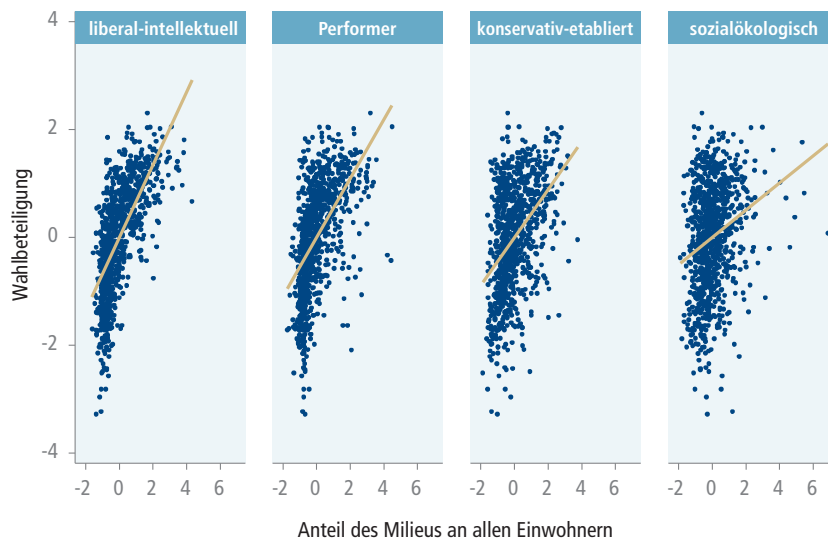
In den folgenden beiden Abbildungen sind die zehn Milieus für alle erfassten Stadtteile nach Stärke und Richtung des Zusammenhangs mit der Wahlbeteiligung sortiert. Auf der horizontalen Achse ist jeweils der Anteil eines Milieus an der Bevölkerung abgetragen und auf der vertikalen Achse die Wahlbeteiligung.⁸ Für die vier in Abbildung 6 aufgeführten Milieus zeigt sich jeweils ein positiver Zusammenhang mit der Wahlbeteiligung, der beim liberal-intellektuellen Milieu und dem Milieu der Performer am stärksten ausgeprägt ist. Sowohl beim konservativ-etablierten als auch beim sozialökologischen Milieu bleibt der Zusammenhang positiv, ist allerdings deutlich schwächer ausgeprägt, was sich an der weiter aufgefächerten Punktwolke im Streudiagramm ablesen lässt.

⁷ Vgl. dazu Petersen/Hierlemann/Vehrkamp/Wratil. Gespaltene Demokratie, die anhand einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage den Einfluss von Grundorientierungen und Einstellungen auf das Wahlverhalten u. a. anhand der subjektiv gefühlten Wahlpflicht, des politischen Interesses, der Demokratiezufriedenheit und weiterer Umfeldeinflüsse auf die individuelle Wahlwahrscheinlichkeit zeigt.

⁸ Beide Achsen geben die transformierten Werte der Variablen wieder, damit alle Stadtteile berücksichtigt werden können. Der Wert „Null“ steht dabei jeweils für den Durchschnitt.



Abbildung 6: Milieus der Ober- und Mittelschicht und Höhe der Wahlbeteiligung



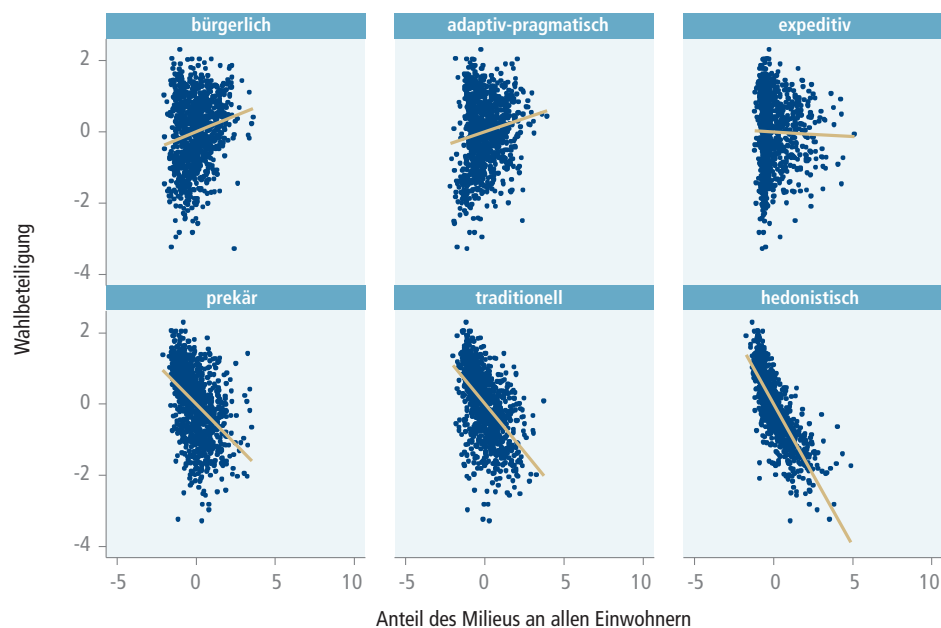
Quelle: eigene Berechnung und Darstellung, kommunale Datenquellen (siehe Anhang, S. 35), microm.

Bertelsmann Stiftung

Der Anteil der Bewohner eines Stadtteils, die entweder der bürgerlichen Mitte, dem expeditiven oder dem adaptiv-pragmatischen Milieu angehören, beeinflusst die Höhe der Wahlbeteiligung dagegen kaum (Abbildung 7, obere Hälfte). Unabhängig davon, ob diese Milieus in einem Stadtteil stark vertreten sind oder nicht, kann die Wahlbeteiligung hoch oder niedrig ausfallen. Aber auch hier gilt zu beachten, dass in den einzelnen Stadtteilen Angehörige verschiedener Milieus leben und dass möglicherweise die Kombination unterschiedlicher Milieus entscheidend ist.

Ein klar negativer Zusammenhang mit der Wahlbeteiligung zeigt sich in der unteren Hälfte von Abbildung 7 bei den drei Milieus, die den geringsten Status aufweisen. Je stärker Stadtteile durch das prekäre, traditionelle oder hedonistische Milieu geprägt sind, desto niedriger fällt dort die Wahlbeteiligung aus. Am deutlichsten ist dieser negative Zusammenhang beim hedonistischen Milieu.

Abbildung 7: Milieus der Mittel- und Unterschicht und Höhe der Wahlbeteiligung



Quelle: eigene Berechnung und Darstellung, kommunale Datenquellen (siehe Anhang, S. 35), microm.

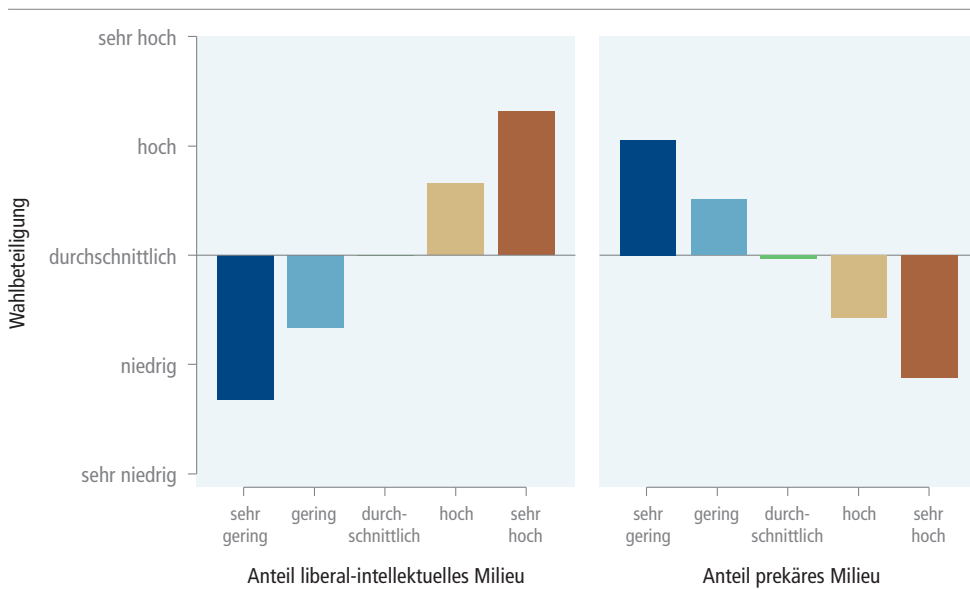
BertelsmannStiftung

Insgesamt bestätigt der Blick auf die zehn Milieus den Eindruck, dass die Wahlbeteiligung dort höher ausfällt, wo bessergestellte Gruppen leben, während für schlechtergestellte Gruppen das Gegenteil gilt. Weniger eindeutig ist, ob ein Zusammenhang zwischen der Wahlbeteiligung und den Milieus der gesellschaftlichen Mitte besteht. Dies lässt sich am Beispiel der bürgerlichen Mitte verdeutlichen. In Abbildung 8 werden ausschließlich Stadtteile miteinander verglichen, die einen durchschnittlichen Anteil an Bewohnern der bürgerlichen Mitte haben. Variiert wird jedoch, ob gleichzeitig unter- oder überdurchschnittlich viele Angehörige des liberal-intellektuellen Milieus dort leben. Ist deren Anteil niedrig, fällt auch die Wahlbeteiligung gering aus. Doch mit zunehmendem Anteil dieses Milieus steigt auch die Wahlbeteiligung. Wird ein Stadtteil durch die bürgerliche Mitte und das liberal-intellektuelle Milieu geprägt, geht ein überdurchschnittlich hoher Anteil der dort lebenden Personen zur Wahl.

Genau gegenläufig verhält es sich, wenn in einem Viertel mit durchschnittlich vielen Angehörigen der bürgerlichen Mitte viele oder wenige Bewohner dem prekären Milieu zuzurechnen sind. Je höher deren Anteil ist, desto niedriger fällt die Wahlbeteiligung aus. Diese beiden Vergleiche zeigen, dass selbst wenn sich der Anteil der bürgerlichen Mitte nicht unterscheidet, die Wahlbeteiligung weit unterdurchschnittlich oder weit überdurchschnittlich ausfallen kann – je nachdem, wer sonst noch in einem Viertel lebt.



Abbildung 8: Wahlbeteiligung bei stabilem Anteil der bürgerlichen Mitte



Quelle: eigene Berechnung und Darstellung, kommunale Datenquellen (siehe Anhang, S. 35), microm. | BertelsmannStiftung

Diese Ergebnisse auf der Stadtteilebene werden durch die Ergebnisse der repräsentativen Stimmbezirksanalyse bestätigt. Auch hier korreliert die Höhe der Wahlbeteiligung eines Stimmbezirks am stärksten positiv mit dem Anteil des liberal-intellektuellen und des konservativ-etablierten Milieus sowie am stärksten negativ mit dem Anteil der Haushalte aus dem hedonistischen und dem prekären Milieu.

Tabelle 2: Milieus und Höhe der Wahlbeteiligung (Stimmbezirke)

Milieu	Korrelationswert (Pearson)	Grundorientierung*	Schicht-Index**
Liberal-Intellektuelle	0,484	B	1
Konservativ-Etablierte	0,412	AB	1-2
Performer	0,358	C	1
Sozialökologische	0,221	B	1-2
Adaptiv-Pragmatische	0,134	C	2
Expeditiv	0,053	C	1-2
Bürgerliche Mitte	0,051	B	2-3
Traditionelle	-0,248	AB	2-3
Prekäre	-0,368	B	3
Hedonisten	-0,542	BC	2-3

* A = Tradition, B = Modernisierung/Individualisierung, C = Neuorientierung
 ** 1 = Oberschicht / obere Mittelschicht, 2 = Mittelschicht, 3 = untere Mittelschicht/Unterschicht

Quelle: eigene Berechnung und Darstellung, kommunale Datenquellen (siehe Anhang, S. 35), microm. | BertelsmannStiftung

Betrachtet man die Ergebnisse der Milieuanalyse differenziert nach den beiden Dimensionen der microm Geo Milieus[®], zeigt sich noch einmal sowohl der eigenständige Einfluss der sozioökonomischen Erklärungsfaktoren als auch der eigenständige Einfluss der Einstellungen und Grundorientierungen auf die Wahlbeteiligung. Zum einen wird deutlich, je mehr Haushalte eines Stimmbezirks der Oberschicht und der oberen Mittelschicht angehören, desto höher ist die Wahlbeteiligung. Zum anderen gilt aber auch, je größer der Anteil der Haushalte mit einer traditionellen Grundorientierung, desto höher fällt die Wahlbeteiligung aus. Auch wenn dieser Zusammenhang etwas schwächer ist als bei den sozioökonomischen Erklärungsfaktoren, zeigt sich darin die Bedeutung von Einstellungen, Werthaltungen und Grundorientierungen der Menschen für ihre Wahlbeteiligung. Während traditionelle Grundorientierungen und Werte die Wahlbeteiligung stützen, führen individualistische und experimentell auf Neuorientierung abzielende Grundeinstellungen zu einer eher geringeren Wahlbeteiligung.



II. Arbeitslosigkeit schadet der Demokratie

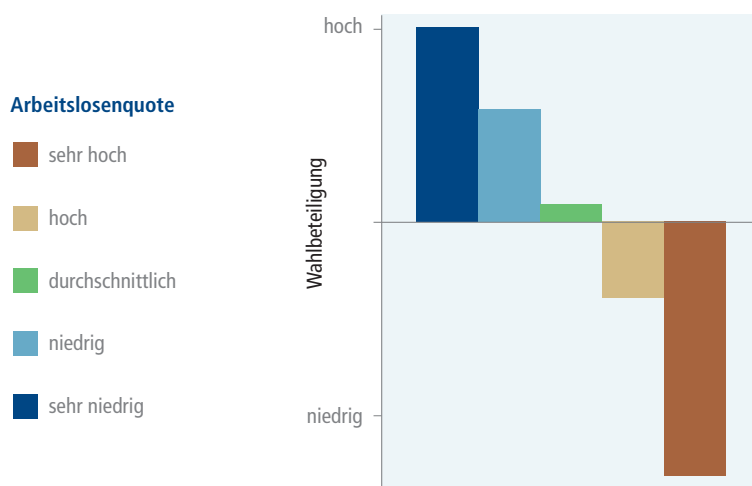
Arbeitslosigkeit betrifft nicht nur die Arbeitslosen selbst, sondern auch ihr persönliches und soziales Umfeld, von der Familie über den Freundeskreis bis hin zum unmittelbaren Lebens- und Wohnumfeld. Deshalb ist die Höhe der Arbeitslosigkeit ein insgesamt guter und starker Indikator für die soziale Lage in einem Wohnquartier. Aus diesem Grund wurde in der vorliegenden Untersuchung sowohl für die Stadtteile als auch für die Stimmbezirke der Zusammenhang zwischen dem sozialen Leitindikator Arbeitslosigkeit und der Höhe der Wahlbeteiligung untersucht.

Der Stadtteilanalyse kam dabei zugute, dass immer mehr Städte dazu übergehen, detaillierte sozialökonomische Informationen auf kleinräumiger Ebene zur Verfügung zu stellen. Insbesondere die Arbeitslosenquote wird inzwischen fast überall nicht nur für die gesamte Stadt, sondern auch für die einzelnen Stadtteile ausgewiesen.⁹ Wo weitere sozialökonomische Indikatoren vorliegen, korrelieren sie stets hoch mit der Arbeitslosenquote, weshalb letztere ein gut geeignetes Maß ist, die soziale Lage von Stadtvierteln zu erfassen. Für insgesamt 975 von 1.004 Stadtteilen, die hier untersucht werden, liegen offizielle Arbeitslosenzahlen vor. Wie die Arbeitslosenquote und die Wahlbeteiligung zusammenhängen, wird in Abbildung 9 in einem Streudiagramm dargestellt. Dabei zeigt sich ein eindeutiges Bild: Je mehr Menschen in einem Viertel arbeitslos sind, desto niedriger fällt dort die Wahlbeteiligung aus. Der statistische Zusammenhang ist sogar außerordentlich stark, was grafisch daran deutlich wird, dass sich die Punktwolke eng an die Trendlinie schmiegt. Damit bestätigt sich auch für die Bundestagswahl 2013, was Schäfer anhand einer kleineren Städtegruppe für die vorherige Bundestagswahl zeigen konnte: In ärmeren, von Arbeitslosigkeit besonders betroffenen Stadtteilen ist der Nichtwähleranteil weit überdurchschnittlich, wohingegen in wohlhabenden Vierteln weiterhin die große Mehrheit der Wahlberechtigten an Bundestagswahlen teilnimmt.¹⁰

⁹ Nicht immer liegt die offizielle Arbeitslosenquote vor, sondern teilweise auch die Anzahl der Arbeitslosen im Verhältnis zur Wohnbevölkerung (Arbeitslosendichte). Für die meisten Städte liegen Daten für 2012 vor, manchmal jedoch für 2011. Da sich weder die Höhe der Arbeitslosenquote noch die relative Betroffenheit sprunghaft von einem Jahr zum nächsten ändern, können auch ältere Daten genutzt werden, um den Zusammenhang mit der Wahlbeteiligung 2013 darzustellen.

¹⁰ Schäfer, 2012: Beeinflusst die sinkende Wahlbeteiligung das Wahlergebnis? Eine Analyse kleinräumiger Wahldaten in deutschen Großstädten, in: Politische Vierteljahresschrift 53: 240-264.

Abbildung 9: Zusammenhang zwischen Arbeitslosenquote und Wahlbeteiligung



Quelle: eigene Berechnung und Darstellung, kommunale Datenquellen (siehe Anhang, S. 35), microm.

BertelsmannStiftung

Der starke, negative Zusammenhang zwischen der Arbeitslosenquote und der Wahlbeteiligung zeigt sich gleichermaßen in ost- wie in westdeutschen Städten und ist mit Ausnahme Berlins in allen Fällen statistisch signifikant.¹¹

Nichtwählerhochburgen finden sich fast ausnahmslos in Stadtteilen wie Köln-Chorweiler (Arbeitslosenquote 19,3 %, Wahlbeteiligung 42,5 %), Leipzig-Volkmarsdorf (Arbeitslosenanteil 17,8 %, Wahlbeteiligung 46,7 %) oder Bremen-Tenever (Arbeitslosenanteil 23,4 %, Wahlbeteiligung 50,1 %), die mit einer Fülle von sozialen Problemen zu kämpfen haben. Selbst bei Bundestagswahlen wählt dort nur noch jeder Zweite, bei Landtags- oder Kommunalwahlen ist der Anteil noch niedriger. Da in diesen Stadtteilen auch mehr Menschen wohnen, die nicht wahlberechtigt sind – in Bremen gibt es Ortsteile, wo ein Viertel der Bevölkerung nichtwahlberechtigte Ausländer sind –, liegen die Beteiligungsunterschiede gemessen an der Wohnbevölkerung noch deutlich über denen der Wahlberechtigten. In manchen Stadtteilen hat nur jeder dritte Bewohner bei der Bundestagswahl gewählt.

Demgegenüber stehen Wählerhochburgen in gut situierten Stadtteilen mit extrem geringer Arbeitslosigkeit und überdurchschnittlich hoher Wahlbeteiligung. Beispiele für solche Wählerhochburgen sind Stadtteile wie Düsseldorf-Volmerswerth (Arbeitslosenanteil 2,9 %, Wahlbeteiligung 91,8 %),

¹¹ Für die 3,5 Millionen-Einwohner-Stadt Berlin liegen nur Daten zu zwölf räumlichen Einheiten vor, die damit extrem groß und heterogen sind. Vor dem Hintergrund der sonstigen Ergebnisse dieser Studie ist die Wahrscheinlichkeit deshalb hoch, dass sich auch für Berlin eine statistisch signifikante negative Korrelation zwischen Arbeitslosigkeit und Wahlbeteiligung nachweisen ließe, sofern die Stadtteilanalyse in den meisten anderen Stadtteilanalysen vergleichbar kleinen und sozial homogenen räumlichen Einheiten durchgeführt werden könnte.



Köln-Hahnwald (Arbeitslosenquote 1,0%, Wahlbeteiligung 88,7%) und Hamburg-Nienstedten (Arbeitslosenanteil 1,4%, Wahlbeteiligung 86,9%). Typischerweise sind dies Stadtteile mit einem geringen Anteil nichtwahlberechtigter ausländischer Bewohner, sodass die Beteiligungsunterschiede und damit auch die Repräsentationsquoten dieser Stadtviertel sich noch deutlicher von denen der Nichtwählerhochburgen unterscheiden.

Der gleiche negative Zusammenhang zwischen der Höhe der Arbeitslosigkeit und der Wahlbeteiligung zeigt sich auch in der repräsentativen Stimmbezirksanalyse: Je höher die Arbeitslosigkeit in einem Stimmbezirk, desto geringer die Wahlbeteiligung.¹² Der Korrelationskoeffizient (Pearson) fasst diesen Zusammenhang zwischen der Wahlbeteiligung und der Arbeitslosigkeit in den 640 repräsentativen Stimmbezirken in einer Ziffer zusammen, die mit -0,55 deutlich im statistisch signifikanten negativen Bereich liegt. Der negative Zusammenhang zwischen Wahlbeteiligung und Arbeitslosigkeit ist somit auch in den bundesweit repräsentativen Stimmbezirken besonders stark ausgeprägt. Ähnlich starke Zusammenhänge ergeben sich, wenn man die westdeutschen und ostdeutschen Stimmbezirke getrennt voneinander analysiert. Auch dann zeigen sich für Westdeutschland (-0,53) und Ostdeutschland (-0,47) jeweils stark negative Zusammenhänge zwischen Arbeitslosigkeit und Wahlbeteiligung.

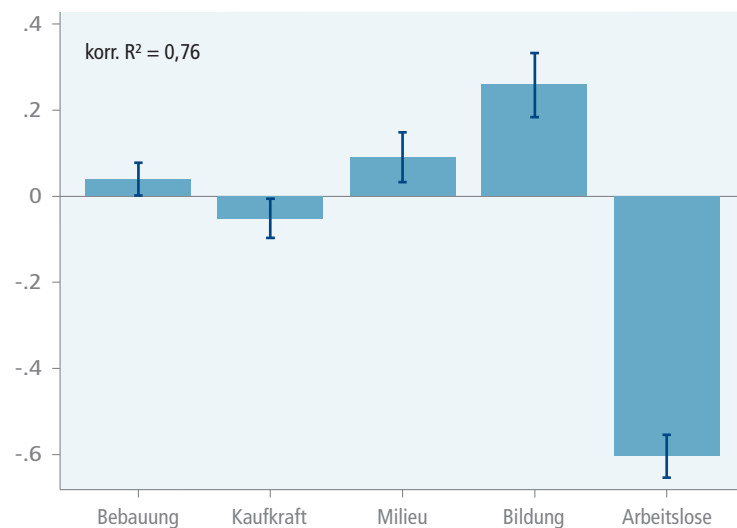
Interessant ist darüber hinaus, dass die negative Auswirkung einer hohen Arbeitslosigkeit auf die Wahlbeteiligung auch kein ausschließlicher (Groß-)Stadteffekt ist. Teilt man die Stimmbezirke in drei Gemeindegrößenklassen (bis 20.000 Einwohner, 20.000 bis 500.000 Einwohner und mehr als 500.000 Einwohner) ein, lässt sich bundesweit keine relevante Korrelation zwischen der Gemeindegröße und der Wahlbeteiligung nachweisen. Innerhalb einer Gemeindegrößenklasse besteht jedoch wiederum für alle drei Größenklassen ein jeweils starker negativer Zusammenhang zwischen der Wahlbeteiligung und der Höhe der Arbeitslosigkeit. Hinter diesem Zusammenhang verbirgt sich also weder ein regionaler noch ein (Groß-)Stadteffekt, sondern ein unabhängig von Region und Stadtgröße sehr robuster Zusammenhang zwischen dem sozialen Leitindikator der Arbeitslosigkeit und der Wahlbeteiligung.

Im letzten Schritt kann noch geprüft werden, welche der in dieser Studie diskutierten Erklärungsfaktoren besonders gut geeignet sind, Unterschiede in der Wahlbeteiligung zu erklären. Um dies zu tun, werden die diskutierten Faktoren – Wohnlage, Kaufkraft, Arbeitslosenquote, Bildungsniveau (Abiturientenanteil) und das Milieu (Anteil des liberal-intellektuellen Milieus) – in ein Regressionsmodell eingeschlossen, mit dem die Wahlbeteiligung erklärt werden soll. Da alle Variablen standardisiert worden sind (der Mittelwert ist 0 und die Standardabweichung 1), lässt sich deren Erklärungskraft direkt miteinander vergleichen. Die blauen Balken in Abbildung 10 zeigen, welche Variable den größten Effekt hat. Falls die vertikale blaue Linie auf den Balken die Nulllinie nicht schneidet, kann zudem mit 95-prozentiger Sicherheit davon ausgegangen wer-

¹² Da für die Stimmbezirke keine offiziellen Arbeitslosenquoten ausgewiesen werden, ist auch hier die Anzahl der Arbeitslosen im Verhältnis zur Wohnbevölkerung (Arbeitslosendichte) zugrunde gelegt.

den, dass kein zufälliger Effekt vorliegt. Dies trifft auf alle fünf Variablen zu. Doch während die Erklärungskraft von Bebauungsart und Kaufkraft gering ist, weisen insbesondere der Anteil der Hochgebildeten und die Arbeitslosenquote eine hohe Erklärungskraft auf. Vor allem der starke Effekt der Arbeitslosigkeit sticht ins Auge, da Nettoeffekte dargestellt werden, die die Wirkung der anderen Variablen bereits berücksichtigen. Wie schon die Analyse oben gezeigt hat, übt die Arbeitslosigkeit einen starken Effekt auf die Höhe der Wahlbeteiligung aus. Das Ausmaß, in dem Stadtteile von ihr betroffen sind, wirkt sich nicht nur auf die ökonomische Lage der Bewohner aus, sondern verringert auch die Wahlteilnahme systematisch.

Abbildung 10: Regressionskoeffizienten zur Erklärung der Wahlbeteiligung



Quelle: eigene Berechnung und Darstellung, kommunale Datenquellen (siehe Anhang, S. 35), microm.

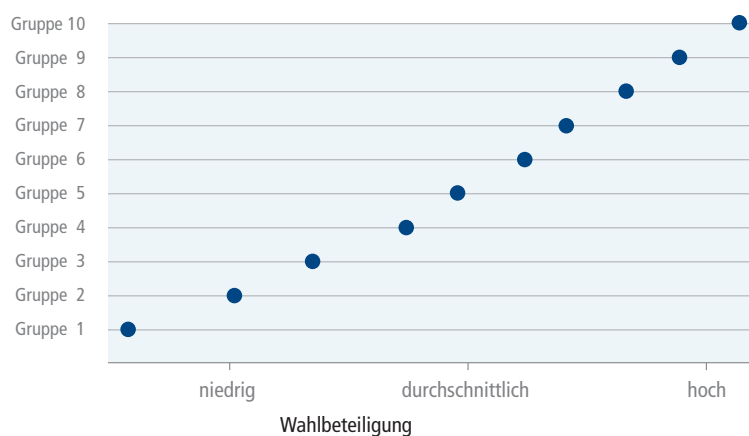
BertelsmannStiftung



III. Mehr Bildung = höhere Wahlbeteiligung

Aus der Forschung mit Individualdaten ist bekannt, dass sich Nichtwähler überproportional unter den Geringgebildeten finden. Da sich Stadtteile deutlich darin unterscheiden, über welche Schulabschlüsse die dort Lebenden verfügen, sollten sich auch auf dieser Ebene Unterschiede in der Wahlbeteiligung zeigen. In einem ersten Schritt können die 1.004 Stadtteile nach dem Anteil derjenigen gruppiert werden, die die Schule mit der Hochschulreife verlassen haben. Auf diese Weise lassen sich zehn Gruppen unterscheiden, die jeweils 100 Stadtteile umfassen und vom niedrigsten (Gruppe 1) bis zum höchsten Abiturientenanteil (Gruppe 10) reichen. Abbildung 11 lässt sich entnehmen, dass mit dem Anteil der Bevölkerung, der über Abitur verfügt, auch die Wahlbeteiligung steigt. In den 100 Stadtteilen mit geringstem Abiturientenanteil liegt die Wahlbeteiligung weit unter der durchschnittlichen Wahlbeteiligung, in denen mit dem höchsten Anteil weit darüber. Dabei weisen Stadtteile der nächsthöheren Gruppe stets auch eine höhere Wahlbeteiligung auf.

Abbildung 11: Wahlbeteiligung in Stadtteilen mit unterschiedlichem Abiturientenanteil



Quelle: eigene Berechnung und Darstellung, kommunale Datenquellen (siehe Anhang, S. 35), microm.

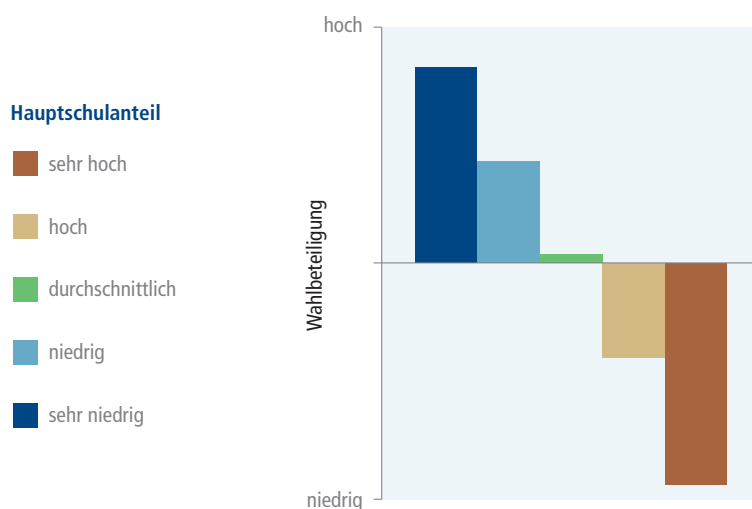
BertelsmannStiftung

In Braunschweig verfügen beispielsweise 15 Prozent der Bewohner der Weststadt über Abitur, aber fast 35 Prozent im Stadtteil Volkmarode. Dort lag die Wahlbeteiligung 2013 mit 85 Prozent mehr als 25 Prozentpunkte über der in der Weststadt. Dasselbe Muster zieht sich durch die 28 hier untersuchten Städte. Aber selbst in Vierteln mit hohem Abiturientenanteil bilden diese nur eine Minderheit der Bewohner. In keinem der 1.004 Stadtteile haben mehr als vier von zehn Bewohnern Abitur. Wenn der starke Zusammenhang zwischen dem Abiturientenanteil und der Wahlbeteiligung hervorgehoben wird, deutet dies darauf hin, dass sich Stadtviertel, in denen ein hoher Anteil von Personen mit höherer Bildung wohnt, auch in anderer Hinsicht von Vierteln unterscheiden,

in denen dies nicht der Fall ist. Beispielsweise liegt die Arbeitslosenquote in Stadtteilen mit hoher Durchschnittsbildung unter dem Durchschnitt und die Kaufkraft ist höher. Schließt man alle drei Variablen in ein statistisches Modell ein, verliert die Kaufkraft ihre Erklärungskraft, während das für Arbeitslosenquote und Abiturientenanteil nicht gilt. Allerdings überwiegt der negative Effekt der Arbeitslosigkeit den positiven Effekt der Bildung, sodass Stadtteile mit dem gleichen Abiturientenanteil je nach Höhe der Arbeitslosenquote unterschiedliche Wahlbeteiligungsraten aufweisen.

Weitet man die Untersuchung auf weitere Bildungsabschlüsse aus, zeigen sich erneut eindeutige Muster. In Stadtteilen, in denen der Anteil der Bewohner mit Haupt- oder Realschulabschluss hoch ist, fällt die Wahlbeteiligung niedrig aus, während für Stadtteile mit hohem Anteil an Bewohnern mit Fachhochschulreife das Gegenteil gilt. Abbildung 12 verdeutlicht dies für fünf Stadtteilgruppen, die sich darin unterscheiden, wie viele Bewohner höchstens über einen Hauptschulabschluss verfügen. Der Zusammenhang zur Wahlbeteiligung verläuft spiegelbildlich zum Muster beim Abiturientenanteil: Je niedriger der durchschnittliche Bildungsgrad in einem Stadtviertel ist, desto niedriger fällt die Wahlbeteiligung aus.

Abbildung 12: Anteil der Bewohner mit Hauptschulabschluss und Wahlbeteiligung



Quelle: eigene Berechnung und Darstellung, kommunale Datenquellen (siehe Anhang, S. 35), microm.

Bertelsmann Stiftung

Da weder der Anteil der Bewohner mit Hochschulreife noch der mit höchstens Hauptschulabschluss 40 Prozent übersteigt, könnte es Stadtviertel geben, in denen sowohl viele Hoch- als auch Geringgebildete leben. Doch das ist nicht der Fall, zwischen beiden Merkmalen besteht eine starke, negative Korrelation, die zeigt, dass unterschiedliche Bildungsgruppen nicht in denselben



Vierteln wohnen. Diese Trennung vergrößert wahrscheinlich die Beteiligungsunterschiede bei Wahlen, da die politikwissenschaftliche Forschung gezeigt hat, dass zwar der Kontakt mit anderen Wählern die eigene Wahlbereitschaft erhöht – der Kontakt mit Nichtwählern jedoch das Gegenteil bewirkt.¹³ Getrennte Lebenswelten können dazu führen, dass bereits vorhandene Unterschiede in der Bereitschaft, sich politisch zu betätigen, weiter zunehmen.¹⁴

Ein ähnliches Muster des Zusammenhangs zwischen Wahlbeteiligung und formalen Bildungsabschlüssen zeigt auch die Analyse der 640 repräsentativen Stimmbezirke.

Von allen analysierten Bildungsmerkmalen zur Schulbildung weist hier der Anteil der Haushalte in einem Stimmbezirk, in denen keiner der üblichen Schulabschlüsse erworben wurde, den stärksten negativen Zusammenhang mit der Höhe der Wahlbeteiligung auf. Der Korrelationskoeffizient (Pearson) weist dabei mit $-0,66$ einen sogar noch stärkeren Zusammenhang aus als zwischen der Wahlbeteiligung und der Arbeitslosenquote.

Korrespondierend dazu liegt der Anteil der Haushalte ohne einen Schulabschluss in den Stimmbezirken mit der niedrigsten Wahlbeteiligung mit fast 14 Prozent nahezu doppelt so hoch wie in den Stimmbezirken mit der höchsten Wahlbeteiligung. Am anderen Ende der Skala formaler Bildungsabschlüsse liegt der Anteil der Haushalte mit Abitur in den Stimmbezirken mit der geringsten Wahlbeteiligung mit 19 Prozent nur bei knapp der Hälfte der Abiturientenhaushalte in den Wahlhochburgen.

¹³ David W. Nickerson, 2008: Is Voting Contagious? Evidence from Two Field Experiments. In: American Political Science Review 102: 49–57. Julia Partheymüller/Rüdiger Schmitt-Beck, 2012: A “Social Logic” of Demobilization: The Influence of Political Discussants on Electoral Participation at the 2009 German Federal Election. In: Journal of Elections, Public Opinion & Parties 22: 457–478.

¹⁴ Thomas Petersen et al., 2013: Gespaltene Demokratie. Politische Partizipation und Demokratiezufriedenheit vor der Bundestagswahl 2013. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

IV. Demokratie der „Besserverdienenden“?

Eine weitere Möglichkeit, Stadtteile und Stimmbezirke voneinander zu unterscheiden, besteht darin, einen Blick auf die Art der Bebauung zu werfen: Ist ein Viertel eher durch freistehende Ein- und Zweifamilienhäuser geprägt oder dominieren mehrstöckige Wohnhäuser?

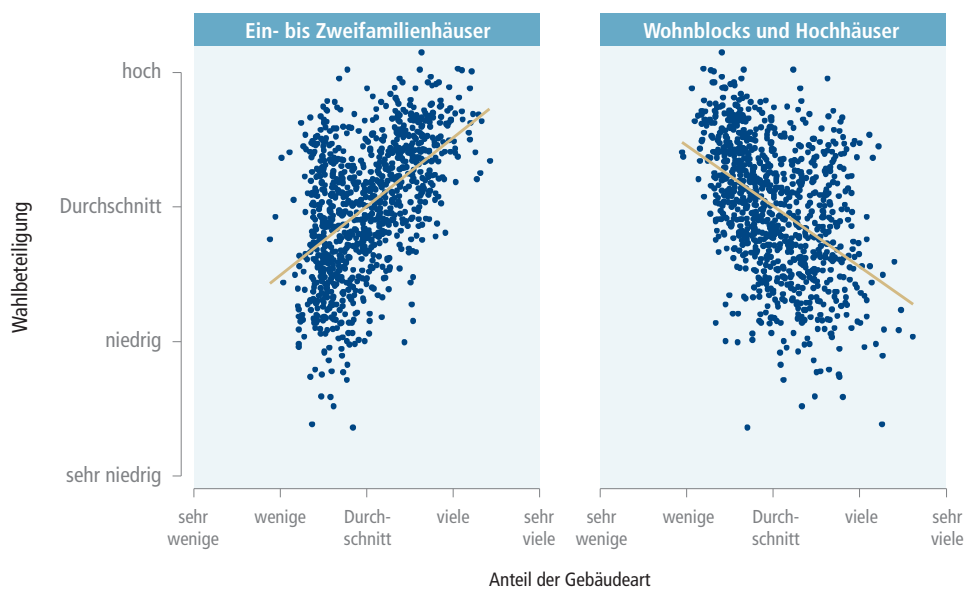
In den meisten Stadtvierteln – insbesondere, wenn dort mehrere tausend Menschen leben – gibt es natürlich ganz unterschiedliche Gebäudetypen, aber es lässt sich dennoch annehmen, dass ein hoher Anteil an freistehenden Häusern wohlhabendere Viertel kennzeichnet, während viele Hochhäuser eher in ärmeren Wohngebieten vorkommen. In Abbildung 13 wird der Zusammenhang zwischen der Bebauung und der Wahlbeteiligung in einem Streudiagramm dargestellt. Jeder Punkt steht für einen Stadtteil, die Linie markiert den Trend. Wenn man zuerst die Trendlinie betrachtet, wird deutlich, dass ein höherer Anteil von Ein- und Zweifamilienhäusern mit einer höheren Wahlbeteiligung einhergeht, wohingegen für den Anteil von Wohnblocks und Hochhäusern das Gegenteil gilt.

Aus der Abbildung lässt sich aber auch entnehmen, dass Stadtteile mit ähnlicher Bebauung sehr unterschiedliche Wahlbeteiligungsraten aufweisen können. Selbst wenn durchschnittlich viele Ein- und Zweifamilienhäuser in einem Stadtviertel stehen, kann die Wahlbeteiligung deutlich unter oder deutlich über dem Durchschnitt liegen. Allein aus der Bebauungsart lässt sich somit noch keine zuverlässige Aussage darüber treffen, wie viele Wahlberechtigte wählen.¹⁵

¹⁵ Anders ausgedrückt: Der Korrelationskoeffizient nimmt mittlere Werte an. Er liegt für die Ein- und Zweifamilienhäuser bei 0,51 und für Wohnblocks und Hochhäuser bei 0,45.



Abbildung 13: Vorwiegende Bebauungsart und Wahlbeteiligung



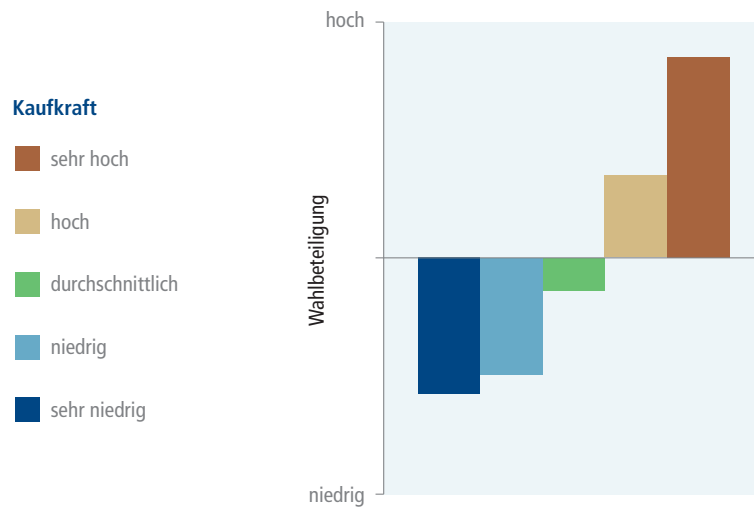
Quelle: eigene Berechnung und Darstellung, kommunale Datenquellen (siehe Anhang, S. 35), microm.

BertelsmannStiftung

Ebenso wie nach dem Gebäudetyp lassen sich Stadtviertel mithilfe der microm-Daten auch anhand der durchschnittlichen Kaufkraft pro Haushalt unterscheiden. In den Kölner Stadtteilen schwankt die Kaufkraft zwischen 30.000 und 80.000 Euro und in Erfurt zwischen 25.000 und 50.000 Euro. Für Abbildung 14 wurden die Stadtteile nach der durchschnittlichen Kaufkraft sortiert in fünf gleichgroße Gruppen eingeteilt, wodurch jeder Balken für 200 Stadtteile steht. Liegt ein Balken über der Linie lag die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013 über dem Durchschnitt, sonst darunter.

Für die fünf Stadtteilgruppen zeigt sich ein klares Muster: Je höher die Kaufkraft in einem Viertel ist, desto höher fällt auch die Wahlbeteiligung aus. Dabei steigt die Wahlbeteiligung schrittweise von einer Gruppe zur jeweils nächsten an, sodass im Durchschnitt selbst zwischen Stadtteilen mit hoher und sehr hoher Kaufkraft ein deutlicher Unterschied in der Wahlbeteiligung feststellbar ist. Je besser es den Menschen in einem Viertel finanziell geht, desto höher ist der Anteil derjenigen, die auch an Wahlen teilnehmen.

Abbildung 14: Kaufkraft und Wahlbeteiligung



Quelle: eigene Berechnung und Darstellung, kommunale Datenquellen (siehe Anhang, S. 35), microm.

BertelsmannStiftung

Der Zusammenhang zwischen der Kaufkraft und der Wahlbeteiligung zeigt sich auch darin, dass die durchschnittliche Kaufkraft in den Stadtteilen mit der höchsten Wahlbeteiligung mit 52.000 Euro um fast das Anderthalbfache über der Kaufkraft in den Stadtteilen mit der niedrigsten Wahlbeteiligung lag (35.000).

Ein ähnliche Spanne konnte auch bei den Stimmbezirken nachgewiesen werden, in denen die Kaufkraft in den Wahlhochburgen mit 50.000 Euro ebenfalls um nahezu das Anderthalbfache die Kaufkraft in den Stimmbezirken mit der geringsten Wahlbeteiligung (34.000 Euro) übertrifft.



Über die Studie

Wissenschaftliche Aussagen über Nichtwählerinnen und Nichtwähler zu treffen, ist schwierig, denn die beiden am häufigsten verwendeten Forschungsstrategien haben jeweils unterschiedliche Vor- und Nachteile. Die erste Vorgehensweise besteht darin, Umfragen auszuwerten, um Auskunft darüber zu erhalten, wer aus welchen Gründen nicht wählt. Dabei kann entweder die Wahlabsicht oder die Stimmabgabe bei einer zurückliegenden Wahl erfragt werden. Da jedoch die Teilnahme an Wahlen in der öffentlichen Wahrnehmung als wünschenswert angesehen wird, fällt es vielen Befragten schwer, sich zur Nichtwahl zu bekennen. Sie geben eine sozial erwünschte Antwort, statt über ihr tatsächliches Verhalten Auskunft zu erteilen. Solche Fehlantworten sind besonders bei denjenigen wahrscheinlich, die die Stimmabgabe als besonders wichtig empfinden. Daneben existiert ein zweites Problem, das sich womöglich über die Zeit verschärft hat. Umfragen zu politischen Themen ähneln anderen Formen politischen Engagements, sodass eher diejenigen teilnehmen, die über mehr Ressourcen wie Bildung oder Einkommen verfügen und die sich für Politik interessieren. Selbst in einer auf Zufallsauswahl beruhenden Befragung können am Ende politikferne Gruppen unterrepräsentiert sein – und gerade unter ihnen finden sich wahrscheinlich viele Nichtwähler. Beide Probleme zusammen führen dazu, dass Nichtwähler in Umfragen schwer zu identifizieren sind.

Die zweite Forschungsstrategie kennt diese Probleme nicht, denn in ihr werden offizielle Daten zur Wahlbeteiligung ausgewertet. Im Gegensatz zu den in Umfragen ermittelten Individualdaten spricht man in diesem Fall von Aggregatdaten. Da in Deutschland alle Wähler erfasst werden, liegen auf räumlicher Ebene präzise Angaben zur Höhe der Wahlbeteiligung vor, die es ermöglichen, Unterschiede etwa zwischen Bundesländern, Wahlkreisen oder Stadtteilen zu erfassen. Falls für dieselbe Untersuchungseinheit neben der Wahlbeteiligung weitere Informationen vorliegen, lassen sich Zusammenhänge zwischen der Bevölkerungszusammensetzung oder wirtschaftlichen Indikatoren einerseits und der Wahlbeteiligung andererseits herstellen. Der Vorteil der Analyse von Aggregatdaten ist, dass Fehlantworten oder mangelnde Repräsentativität ausgeschlossen werden können. Allerdings, und dies ist ein Nachteil, können weder die Nichtwähler eindeutig identifiziert noch ihre Motive ermittelt werden – dafür sind Befragungen der Nichtwähler notwendig. Von der Aggregatebene direkte Rückschlüsse auf die individuelle Ebene zu ziehen, ist nicht zulässig. Allein die Beobachtung, dass in Wahlkreisen mit höherer Arbeitslosigkeit die Wahlbeteiligung niedriger ausfällt, beweist nicht, dass Arbeitslose seltener als andere Gruppen wählen.

Werden Aggregatdaten in der deutschen Wahlforschung analysiert, sind dies entweder Wahlergebnisse in den Wahlkreisen, da für diese eine Reihe von Indikatoren vom Bundeswahlleiter bereitgestellt werden¹⁶, oder Daten aus der Regionalstatistik, die eine Fülle von Informationen zu

¹⁶ Peter Schoof, 1981: Wahlbeteiligung und Sozialstruktur in der Bundesrepublik. Eine Aggregatdatenanalyse für den Zeitraum von 1972 bis 1980. In: Politische Vierteljahresschrift 22: 287–304; Jürgen W. Falter/Siegfried Schumann, 1994: Der Nichtwähler – das unbekannteste Wesen. In: Hans-Dieter Klingemann/Max Kaase (Hrsg.), Wähler und Nichtwähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1990. Opladen: Westdeutscher Verlag: 161–213.

den ca. 600 Kreisen und kreisfreien Städten in Deutschland beinhaltet.¹⁷ Politikwissenschaftliche Ergebnisse aus den USA lassen jedoch vermuten¹⁸, dass sich auch in Deutschland Wahlbeteiligungsunterschiede auf kleinräumiger Ebene und weniger durch die Analyse von Wahlkreis- oder Länderdaten zeigen. Denn im Vergleich zur Auswertung der Wahlbeteiligung in vergleichsweise großen Gebieten ermöglicht erst die Analyse sehr viel kleinerer räumlicher Einheiten, Unterschiede in der Wahlbeteiligung zwischen verschiedenen Sozialräumen aufzuzeigen.

Beispielsweise lagen in Städten wie Hamburg oder Köln bei der Bundestagswahl 2013 zwischen der höchsten und niedrigsten Wahlbeteiligung in einem Stadtteil mehr als 40 Prozentpunkte. Auch Indikatoren wie die Arbeitslosenquote oder das Einkommen streuen in Großstädten auf engstem Raum. Diese Informationen gehen bei der Analyse von Wahlkreisen verloren. So umfasst beispielsweise der Bundestagswahlkreis 94 im Kölner Südwesten sowohl den Stadtteil Hahnwald, der bei Armut, Arbeitslosigkeit und beim Migrantenanteil weit unter dem Kölner Durchschnitt liegt, als auch den Stadtteil Meschenich, der jeweils überdurchschnittliche Werte aufweist. Zwischen diesen beiden Stadtteilen desselben Wahlkreises lagen bei der Bundestagswahl 2013 fast 30 Prozentpunkte in der Wahlbeteiligung. Die 86 Kölner Stadtteile sind in vier Wahlkreise zusammengefasst, die intern sehr heterogen sind, während Stadtteile sehr viel kleiner und damit auch homogener sind.

Die bislang umfassendste Untersuchung der Wahlbeteiligung auf kleinräumiger Ebene hat Schäfer vorgelegt, der für die Bundestagswahl 2009 Informationen von mehr als 1.500 Stadtteilen in 34 deutschen Großstädten ausgewertet hat.¹⁹ Allerdings waren 2009 nur für 15 Städte auf kleinräumiger Ebene vergleichbaren Daten zur sozialen Lage vorhanden, sodass lediglich der Zusammenhang zwischen der Arbeitslosenquote und der Wahlbeteiligung aufgezeigt werden konnte.

Für die vorliegende Studie wurden Daten zur Wahlbeteiligung für 1.004 Stadtteile in 28 deutschen Großstädten mit jeweils über 200.000 Einwohnern in einer Datenbank zusammengefasst. Unter den insgesamt 39 deutschen Städten dieser Größenordnung konnten jene berücksichtigt werden, für die das entsprechende kommunale Daten- und Kartenmaterial auf kleinräumiger Ebene verfügbar war, um – wie angestrebt – weit mehr Indikatoren auf Stadtteilebene auszuwerten, als dies in der Vergangenheit möglich war. Neben der Arbeitslosenquote, die für alle Städte über die Statistikämter zur Verfügung stand, liegen Informationen zu sozialen Milieus, Bildung, Kaufkraft und Bebauung vor. Diese Daten projiziert das Institut microm zunächst anhand von Marktforschungsdaten in Form von anonymisierten Haushaltszellen als Prognosewerte in den Raum und aggregiert sie anschließend auf die gewünschte Gebietsebene. Hierdurch erhält man plausible Schätzwerte für prozentuale, haushaltsbasierte Verteilungsmuster der verschiedenen Merkmale

¹⁷ Markus Steinbrecher/Sandra Huber/Hans Rattinger, 2007: Turnout in Germany. Citizen Participation in State, Federal, and European Elections since 1979. Baden-Baden: Nomos.

¹⁸ Zoltan Hajnal/Jessica Trounstone, 2005: Where Turnout Matters: The Consequences of Uneven Turnout in City Politics. In: *Journal of Politics* 67: 515–535.

¹⁹ Armin Schäfer, 2012: Beeinflusst die sinkende Wahlbeteiligung das Wahlergebnis? Eine Analyse kleinräumiger Wahldaten in deutschen Großstädten. In: *Politische Vierteljahresschrift* 53: 240–264.



(microm Geo Milieus[®], microm Sozio[®] (Bildung), microm Kaufkraft[®], microm Bebauung[®]) in einem gewünschten Raum. Mit dieser Fülle an Informationen lässt sich genauer angeben, in welcher Art von Stadtvierteln die Wahlbeteiligung hoch oder niedrig ausfällt.

Je kleinteiliger eine Stadt unterteilt ist, desto größere Unterschiede zeigen sich in der Wahlbeteiligung. Das bedeutet jedoch nicht, dass die Beteiligungsunterschiede tatsächlich größer ausfallen. Die Untersuchungen in dieser Arbeit erlauben es nicht festzustellen, in welcher Stadt die Beteiligungsunterschiede am größten sind, weil die Datenbasis nicht unmittelbar miteinander vergleichbar ist. Um dennoch alle Städte in die folgenden Auswertungen einbeziehen zu können, werden für alle Städte Durchschnittswerte für jeden Indikator gebildet, um dann zu ermitteln, ob in Vierteln mit beispielsweise einem überdurchschnittlichen Anteil an Ein- und Zweifamilienhäusern die Wahlbeteiligung über- oder unterdurchschnittlich ausfällt.²⁰

Unterschiede in der Wahlbeteiligung existieren jedoch nicht nur innerhalb deutscher Großstädte, sondern können auf kleinräumiger Ebene grundsätzlich überall auftreten. Zum Zweck einer aussagekräftigen Untersuchung des gesamten Bundesgebiets wurde in Zusammenarbeit mit dem Meinungsforschungsinstitut infratest dimap auf den Datensatz der ARD-Wahltagsbefragung zurückgegriffen, auf dessen Grundlage die sogenannte 18-Uhr-Prognose erstellt wird. Dieser Datensatz umfasst insgesamt 640 repräsentativ ausgewählte Stimmbezirke, aus deren jeweils unterschiedlicher Wahlbeteiligung sich verlässliche Rückschlüsse auf die Spreizung der Wahlbeteiligung über alle 90.000 Stimmbezirke hinweg ziehen lassen. Da ein exakter Grenzverlauf für viele Stimmbezirke nicht ermittelbar ist, zog das Institut microm den Standort des jeweiligen Wahllokals heran, um analog zur Stadtteilauswertung die sozialen Verteilungsmuster im – je nach Anzahl der Wahlberechtigten unterschiedlich kleinräumigen – Umkreis zu prognostizieren. Da hierbei nicht auf kommunale Arbeitsmarktdaten zurückgegriffen werden konnte, erstellte microm stattdessen eine entsprechende Schätzung (microm Arbeitslosenquote[®]).

Im Anschluss konnte Infratest dimap eine statistische Analyse der Zusammenhänge zwischen der Wahlbeteiligung in den Stimmbezirken und den einzelnen Indikatoren vornehmen. Auf dieser Grundlage konnten die Ergebnisse aus den Stadtteilen um Aussagen zur sozial bedingten Varianz der Wahlbeteiligung im gesamten Bundesgebiet ergänzt werden. Maß des Zusammenhangs in beiden Teiluntersuchungen und somit zentrale statistische Kenngröße der vorliegenden Studie ist der sogenannte Korrelationskoeffizient (Pearson).²¹

²⁰ Alle Variablen werden z-transformiert, sodass der Mittelwert 0 und die Standardabweichung 1 beträgt.

²¹ Der Korrelationskoeffizient „r“ nach Pearson erfasst, wie stark zwei Variablen zusammenhängen. Er kann zwischen -1 und 1 liegen, wobei Werte kleiner null einen negativen, Werte größer null einen positiven Zusammenhang anzeigen. Je näher der Wert an den beiden Extremen liegt, desto stärker führen Veränderungen in einem Indikator zu Veränderungen im anderen.

Tabelle 3: Übergreifende Zusammenhänge zwischen Wahlbeteiligung und sozialräumlichen Kenngrößen

Korrelation Wahlbeteiligung mit...	Repräsentativergebnisse Stimmbezirke (Pearson)	Stadtteilanalyse (Pearson)
Arbeitslosigkeit	-0,550	-0,85
Kaufkraft je HH	0,524	0,53
kein Schulabschluss	-0,661	-0,81
Hauptschulabschluss	-0,519	-0,72
Realschulabschluss	-0,320	-0,52
Fachhochschulreife	0,639	0,81
Allgemeine Hochschulreife	0,597	0,78
Ein – bis Zweifamilienhäuser	k.A.	0,51
Wohnblöcke und Hochhäuser	k.A.	-0,45
Konservativ-Etabliertes Milieu	0,412	0,44
Liberal-Intellektuelles Milieu	0,484	0,67
Performer-Milieu	0,358	0,54
Expeditives Milieu	0,053	-0,03
Adaptiv-Pragmatisches Milieu	0,051	0,15
Bürgerliche Mitte	0,134	0,18
Sozial-Ökologisches Milieu	0,221	0,24
Traditionelles Milieu	-0,248	-0,52
Prekäres Milieu	-0,368	-0,43
Hedonistisches Milieu	-0,542	-0,79

Quelle: eigene Berechnung und Darstellung, kommunale Datenquellen (siehe Anhang, S. 35), microm.

| Bertelsmann Stiftung

In der Tabelle finden sich einerseits die Korrelationswerte einzelner Merkmale mit der Wahlbeteiligung aus der repräsentativen Stimmbezirksanalyse (mittlere Spalte). Zudem gibt die Tabelle Aufschluss über die entsprechenden Werte über alle untersuchten Stadtteile hinweg. So ergibt sich beispielsweise für den Anteil des Liberal-Intellektuellen Milieus an den Haushalten eines Stimmbezirks eine durchschnittliche Korrelation von 0,484 (Pearson) mit der Wahlbeteiligung, in den Stadtteilen eine Korrelation von 0,67 (Pearson). Die Werte sind ausreichend hoch und statistisch signifikant, um von einem relevanten positiven Zusammenhang zu sprechen: Je höher der Anteil dieses Milieus, desto höher jeweils die Wahlbeteiligung. Für negative Werte (bspw. Hedonistisches Milieu) ergibt sich der entgegengesetzte Befund: Je höher der Anteil dieses Milieus, desto niedriger die Wahlbeteiligung. Grundsätzlich lässt sich jeweils für Werte höher als +0,3 bzw. niedriger als -0,3 von relevanten Zusammenhängen sprechen (in der Tabelle fett markiert).

Wenngleich die Ergebnisse für Stadtteil- und Repräsentativanalyse zumeist parallel gerichtet sind, d. h. gleichermaßen positive bzw. negative Zusammenhänge eines Indikators mit der Wahlbeteiligung darstellen, sollte man sie nicht unmittelbar vergleichen oder nach jeweiliger Stärke ordnen. Analyseebene, Erhebungsmethode und abweichende statistische Berechnungen lassen dies nicht zu. Die beiden Untersuchungsebenen sind dennoch als sich ergänzende und gegenseitig stützende Bestandteile der vorliegenden Studie zu betrachten.



Anhang: Kommunale Datenquellen

Stadt	Datenquelle
Aachen	Stadt Aachen, FB Geoinformation und Bodenordnung; FB Statistik und Stadtforschung; FB Wahlen
Berlin	Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (open data); Arbeitslosendaten berechnet auf der Basis der Daten der Bundesagentur für Arbeit; Landeswahlleiterin für Berlin
Bielefeld	© Kommunale Geodaten: Stadt Bielefeld – Amt für Demographie und Statistik – 21/2013; Stadt Bielefeld, Bürgeramt
Braunschweig	Stadt Braunschweig, Abteilung Geoinformation; Referat Stadtentwicklung und Statistik; Wahlamt
Bremen	GeoInformation Bremen; Statistisches Landesamt Bremen
Chemnitz	Stadt Chemnitz, Amt für Informationsverarbeitung, Abt. Statistik/Wahlen
Dresden	Landeshauptstadt Dresden, Kommunale Statistikstelle
Düsseldorf	Landeshauptstadt Düsseldorf – Amt für Statistik und Wahlen
Erfurt	Landeshauptstadt Erfurt - Statistik und Wahlen
Freiburg	Stadt Freiburg, Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung
Gelsenkirchen	Stadt Gelsenkirchen, Stabsstelle Wirtschaftsförderung und Liegenschaften; Statistikstelle; Wahlamt
Halle	Stadt Halle (Saale), FB Planen, Abt. Stadtvermessung; Abt. Statistik und Wahlen
Hamburg	Statistikamt Nord
Hannover	© Landeshauptstadt Hannover, Geoinformation, 2013 (Kartengrundlage); Sachgebiet Wahlen und Statistik; Wahlamt
Karlsruhe	Stadt Karlsruhe, Amt für Stadtentwicklung, Statistikstelle; Wahlamt
Kiel	Landeshauptstadt Kiel, Amt für Bauordnung, Vermessung und Geoinformation; Amt für Wirtschaft, Statistikstelle; Bürger- und Ordnungsamt
Köln	Stadt Köln – eGovernment und Onlinedienste (open data); Amt für Stadtentwicklung und Statistik; Personal- und Organisationsamt, Wahlorganisation
Krefeld	Stadt Krefeld, FB Bürgerservice, Statistik und Wahlen
Leipzig	Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen
Lübeck	Hansestadt Lübeck, Kommunale Statistikstelle
Magdeburg	Landeshauptstadt Magdeburg, Amt für Statistik
Mainz	Landeshauptstadt Mainz, Amt für Stadtentwicklung, Statistik und Wahlen
München	© Landeshauptstadt München-Kommunalreferat-Vermessungsamt 2013 (Kartengrundlage); Statistisches Amt
Münster	Stadt Münster, Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Verkehrsplanung; Wahlamt
Rostock	Hansestadt Rostock, Kommunale Statistikstelle
Stuttgart	Landeshauptstadt Stuttgart, Stadtmessungsamt; Statistisches Amt
Wiesbaden	Landeshauptstadt Wiesbaden, Tiefbau- und Vermessungsamt; Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik
Wuppertal	Amtliche Geodaten der Stadt Wuppertal, © Ressort Vermessung, Katasteramt und Geodaten (RV-102-101); Stadt Wuppertal, Statistik und Wahlen

Über die Autoren

Dr. Armin Schäfer, seit 2001 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Planck-Institut in Köln. Zuvor Studium der Politikwissenschaft, Volkswirtschaftslehre und der Friedens- und Konfliktforschung in Marburg und an der University of Kent at Canterbury. 2004 Promotion an der Universität Bremen im Fach Politikwissenschaft. Aktuelles Forschungsprojekt zum Thema „Der Verlust politischer Gleichheit“. Zahlreiche Publikationen in wissenschaftlichen Fachzeitschriften.



Prof. Dr. Robert Vehrkamp, Director des Programms „Zukunft der Demokratie“, Bertelsmann Stiftung. Studium der Volkswirtschaftslehre, Politikwissenschaft und Neueren Geschichte in Bonn und Köln. Seit 2010 Professur für Volkswirtschaftslehre mit dem Schwerpunkt Europäische Wirtschaftspolitik an der Fachhochschule des Mittelstands (FHM) in Bielefeld. Seit 2003 bei der Bertelsmann Stiftung, u. a. als Projektleiter „Die Bundesländer im Standortwettbewerb“ und seit 2006 als Programmleiter mit den Arbeitsschwerpunkten Europa, Politische Partizipation, Bürgerbeteiligung und Demokratie.



Jérémie Felix Gagné, Project Manager, Programm „Zukunft der Demokratie“, Bertelsmann Stiftung. Von 2006 bis 2012 Studium der Politik- und Europawissenschaften an der Freien Universität Berlin und Sciences Po Paris, Stipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung. Akademischer Fokus politische und Parteiensysteme, politische Ökonomie und Sozialstaatsforschung. Forschungsprojekt (M.A.) zu polit-soziologischen Grundlagen neuer Koalitionsoptionen. Seit 2013 bei der Bertelsmann Stiftung mit den thematischen Schwerpunkten europäische Arbeitsmarktpolitik, soziale Dimension der Demokratie.





Impressum

© 2013 Bertelsmann Stiftung

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
www.bertelsmann-stiftung.de

Verantwortlich

Prof. Dr. Robert Vehrkamp,
Christina Tillmann,
Jérémie Felix Gagné

Redaktionelle Mitarbeit

Michael Lieckefett

Lektorat

Sibylle Reiter

Gestaltung

Markus Diekmann, Bielefeld

Titelfoto

Thomas Kunsch, Bielefeld

Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0
Fax +49 5241 81-81999

Prof. Dr. Robert Vehrkamp
Programm Zukunft der Demokratie
Telefon +49 5241 81-81526
Fax +49 5241 81-681526
robert.vehrkamp@bertelsmann-stiftung.de

Christina Tillmann
Programm Zukunft der Demokratie
Telefon +49 5241 81-81335
Fax +49 5241 81-681335
christina.tillmann@bertelsmann-stiftung.de

Jérémie Felix Gagné
Programm Zukunft der Demokratie
Telefon +49 5241 81-81263
Fax +49 5241 81-681263
jeremie.felix.gagne@bertelsmann-stiftung.de

www.bertelsmann-stiftung.de